

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

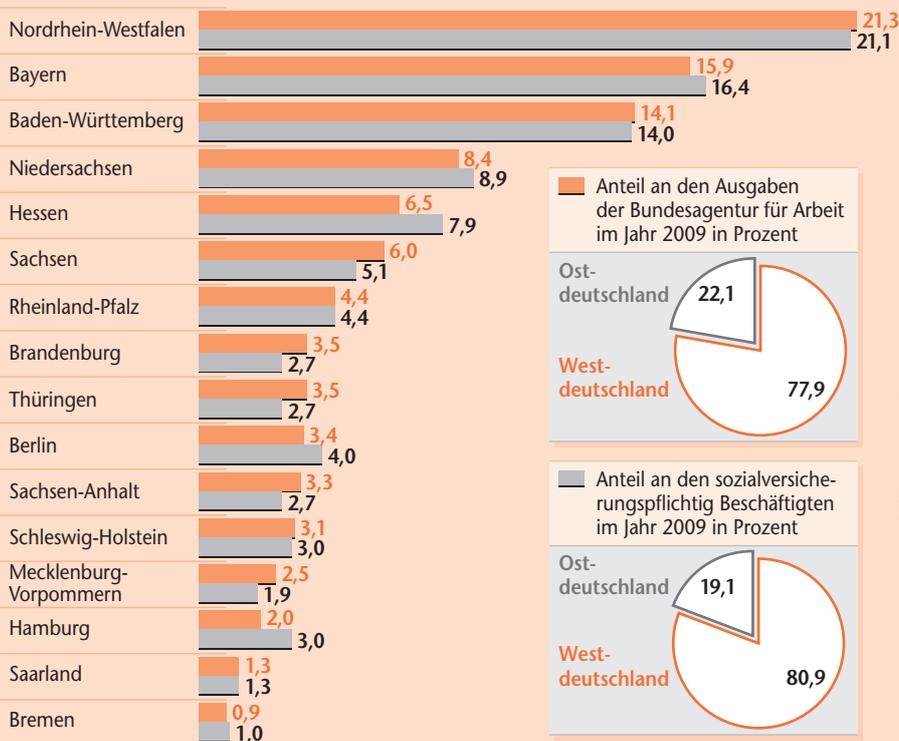
Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 12. August 2010

Ungleiche Lasten

Dem Sparpaket der Bundesregierung wird unter anderem vorgeworfen, dass es zu Lasten Ostdeutschlands geht. Allerdings profitieren die ostdeutschen Bundesländer von verschiedenen Transferzahlungen auch in besonderem Maße. So trägt etwa die Arbeitslosenversicherung zu einem Finanzausgleich zwischen West und Ost bei: Im Jahr 2009 wurden rund 18,5 Milliarden der insgesamt 22 Milliarden Euro Beiträge von westdeutschen Beschäftigten und Arbeitgebern eingezahlt. Die neuen Länder steuerten somit weniger als 16 Prozent des Beitragsaufkommens bei – obwohl knapp

20 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dort arbeiten. Da diese im Schnitt niedrigere Löhne haben, zahlen sie auch geringere Beiträge. Es entfielen 2009 aber rund 22 Prozent der Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit auf Ostdeutschland, weil die Arbeitslosenquote dort mit 13 Prozent deutlich über den 6,9 Prozent im Westen lag. Im Jahr 2008, also bevor die Wirtschaftskrise den Arbeitsmarkt beutelte und die Bundesagentur Kurzarbeitergeld vor allem an westdeutsche Unternehmen zahlte, flossen sogar 27 Prozent dieser Gelder gen Osten.

Arbeitsagentur: Transfer gen Osten



Ohne Ausgaben von besonderen Dienststellen und der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit sowie für Insolvenzgeld und Kernaufgaben des Sozialgesetzbuchs II; Ostdeutschland: einschließlich Berlin
 Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

In dieser Woche

Ausländische Azubis: Ausländische Jugendliche treten seltener als deutsche eine Ausbildung an und wählen zudem häufiger Standardberufe, da offenbar viele nicht ausreichend über das Spektrum der Ausbildungsgänge informiert sind. Förderprogramme und eine bessere Berufsvorbereitung könnten hier viel bewegen. Seite 2

Alternde Belegschaften: In den kommenden Jahren wird es noch weniger Fachkräfte geben als heute. Auch die Fehlzeiten durch alternde Belegschaften werden sich weiter erhöhen. Diese Entwicklung lässt sich nur aufhalten, wenn die Unternehmen rasch beginnen, Vorsorge zu treffen. Seite 3

Flächennutzung: Deutschlands Einwohnerzahl schrumpft kontinuierlich, und dennoch gibt es immer mehr Siedlungs- und Verkehrsflächen. Die Folgen für die Natur, aber auch für Bürger und kommunale Kassen sind fatal. Flächenausweisungen sollten daher in Zukunft viel bewusster vorgenommen werden. Seite 4-5

Staatsbankrott: In den vergangenen Jahrhunderten hat es immer wieder Länder gegeben, die ihre Auslandsschulden nicht mehr bedienen konnten. Trotzdem gibt es bis heute kein internationales Insolvenzrecht für zahlungsunfähige Staaten. Selbst der Internationale Währungsfonds ist mit seinem jüngsten Vorschlag für einen Umschuldungsmechanismus gescheitert. Seite 6-7

Rohstoffe: Die deutsche Industrie ist von ausländischen Rohstofflieferungen abhängig. Lange Zeit galt die Versorgung als unproblematisch. Jetzt aber steigen die Nachfrage und die Preise. Außerdem sichern sich außereuropäische Länder wie China exklusive Zugangsrechte zu den Quellen. Seite 8

Ausländische Azubis

Die Schranke im Kopf

Ausländische Jugendliche treten seltener als deutsche eine Ausbildung an. Häufiger als ihre deutschen Altersgenossen wählen sie aber auch Standardberufe und stellen dann eventuell fest, dass diese ihren Neigungen und Fähigkeiten nicht entsprechen. Mithilfe von Förderprogrammen und einer besseren Berufsvorbereitung könnte hier viel bewegt werden.

Für Jugendliche mit Migrationshintergrund, die keinen deutschen Pass haben, ist es in Deutschland offensichtlich ziemlich schwierig, eine Lehrstelle zu bekommen (Grafik). So befanden sich 2008 nur knapp 26 Prozent der 18- bis 20-jährigen Ausländer in einer Berufsausbildung. Von den deutschen Jugendlichen waren es 58 Prozent.

Im Jahr 1993 waren beide Quoten deutlich höher. Der Abstand allerdings war ebenso groß: Die deutschen Schulabgänger absolvierten mit 70 Prozent mehr als doppelt so häufig eine Lehre wie die ausländischen, von denen nur ein Drittel einen Beruf lernte.

Beide Quoten sind zwischen 1995 und 2006 fast kontinuierlich gesunken, weil zum einen das Ausbildungsplatzangebot

zu gering war und zum anderen immer mehr Jugendliche ein Studium der Lehre vorzogen.

Die gravierenden Unterschiede in der Ausbildungsbeteiligung von Deutschen und Ausländern haben mehrere Ursachen: **1. Schulleistungen.** Diese sind bei Migrantenkindern im Durchschnitt schlechter als bei deutschen. Das zeigen praktisch alle Schulvergleiche, zum Beispiel die PISA-Studie. Es hapert an Deutsch- und Mathematikkenntnissen, aber auch bei wichtigen Fremdsprachen wie Englisch sind Defizite vorhanden.

2. Berufswahl. Viele ausländische Kinder wissen offenbar gar nicht, welche Möglichkeiten ihnen die Berufswelt bietet. Stattdessen beschränken sich ausländische Jugendliche bei der Wahl ihrer Lehrstelle auf das, was sie aus der Heimat oder aus den Berichten von Freunden kennen. Beliebt sind z.B. Kaufmann/frau im Einzelhandel, Friseur/in, Verkäufer/in, medizinische und zahnmedizinische Fachangestellte. Allein auf diese fünf Berufe stürzen sich knapp 30 Prozent aller ausländischen Auszubildenden. Von den deutschen Jugendlichen wählten hingegen ledig-

lich 20 Prozent die fünf am stärksten besetzten Berufe.

In anspruchsvolleren Ausbildungsgängen wie Bankkaufmann/frau, Mechatroniker/in, Industriekaufmann/frau und Industriemechaniker/in sind dagegen die Auszubildenden mit ausländischer Staatsangehörigkeit längst nicht so oft zu finden wie deutsche Jugendliche.

Insgesamt waren im Jahr 2008 mehr als 60 Prozent der Auszubildenden mit ausländischem Pass in gerade einmal 20 Ausbildungsberufen anzutreffen. Von den deutschen Auszubildenden entschieden sich gut 50 Prozent für diese Berufe.

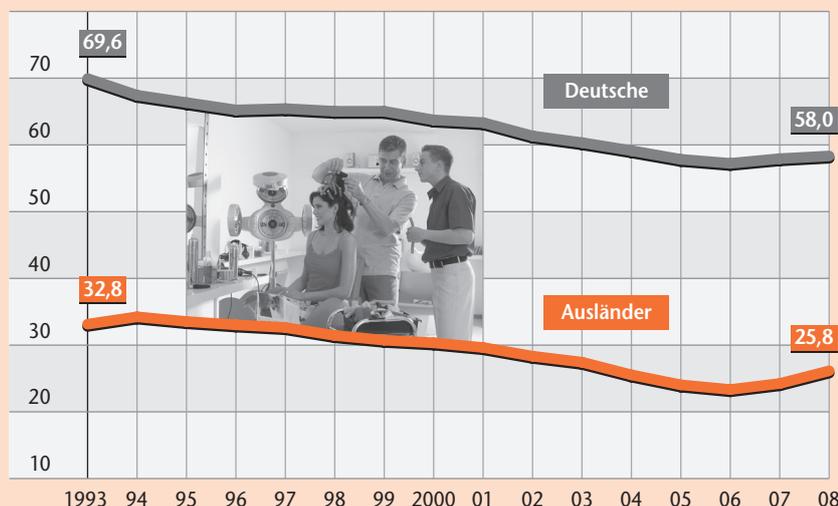
3. Ausbildungsabbruch. Im Jahr 2008 hatten 6,4 Prozent aller Ausbildungsabrupter eine ausländische Staatsangehörigkeit. Gleichzeitig waren aber insgesamt nur 4,5 Prozent der Auszubildenden ausländischer Herkunft.

Warum Said, Ayse, Milan, Sergej und Co. ihre Lehre öfter hinschmeißen als Markus und Karin, lässt sich nicht so einfach ergründen. Es gibt aber Vermutungen: Weil sich viele junge Ausländer bei ihrer Berufswahl einschränken und dabei vielleicht nicht ihren Neigungen folgen, ist der Katzenjammer groß, wenn sie dann in der Realität ankommen. Der Ausbildungsabbruch ist oft die logische Konsequenz.

Die relativ niedrige Ausbildungsbeteiligung und die eingeschränkte Berufswahl der Jugendlichen mit ausländischen Wurzeln können jedoch durch Fördermaßnahmen verändert werden. Das Programm JOBSTARTER beispielsweise spricht gezielt ausländische Unternehmen an, weil diese längst nicht so oft ausbilden wie deutsche Firmen. In Berlin werben Kammern und Senat gezielt unter Ausländern in ihrer Landessprache für einen der über 300 Ausbildungsberufe. Aber auch eine gezielte Förderung des fachsprachlichen Unterrichts in der Berufsschule – dort erlernen die Jugendlichen die speziellen Fachbegriffe ihres Ausbildungsberufs – erhöht den Ausbildungserfolg.

Ausländische Auszubildende: Noch immer eine Minderheit

So viel Prozent der 18- bis 20-jährigen Jugendlichen befanden sich in einer Ausbildung



Auszubildende vom 1. bis zum 4. Ausbildungsjahr
 Ursprungsdaten: Bundesinstitut für Berufsbildung, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Alternde Belegschaften Unternehmen in Verzug

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die von der demografischen Entwicklung verursachten Probleme überdeckt. Doch in Kürze wird es noch weniger Fachkräfte geben, und die Fehlzeiten durch alternde Belegschaften werden sich weiter erhöhen – es sei denn, Unternehmen beginnen rasch, Vorsorge zu treffen.

Bis 2020 wird das Angebot an Arbeitskräften um 1,2 Millionen sinken, so eine McKinsey-Studie aus dem Jahr 2008. Und bis 2025, berechnete das Institut der deutschen Wirtschaft Köln, werden 4 Millionen Akademiker fehlen. Aber auch Auszubildende werden knapp, denn die Zahl der Schulabsolventen sinkt von 2006 bis 2020 durchschnittlich um 20 Prozent, in einigen ostdeutschen Bundesländern sogar um 45 Prozent. Dadurch rücken immer weniger potenzielle Auszubildende und Fachkräfte in die Unternehmen nach.

Gleichzeitig droht durch die immer älter werdenden Belegschaften eine Kostenexplosion: Denn statistisch gesehen sind die reiferen Beschäftigten zwar seltener krank als die jungen, dafür aber länger am Stück. Diese Ausfallphasen müssen Unternehmen dann zum Beispiel durch Zeitarbeiter ausgleichen, was zusätzliche Kosten verursacht.

Ob und inwieweit Unternehmen sich für die Folgen der demografischen Entwicklung wappnen, ermittelt seit 2006 der so genannte Demografische Fitness Index (DFX) des Adecco-Instituts. Im Jahr 2008/2009 wurden für ihn 2.518 Personalleiter in Deutschland, Italien, Frankreich, Spanien und Großbritannien befragt.

Die wichtigsten Ergebnisse: In einigen Feldern sind die Unternehmen in Deutschland aktiver als in den Vergleichsländern. Beispielsweise führen die heimischen Betriebe beim Wissens-

Demografie: Wie sich die Unternehmen fit machen

So viel Prozent der Unternehmen setzten 2008 diese Instrumente ein, um auch in Zukunft genügend Fachkräfte und leistungsfähige Belegschaften zu haben

	D	I	E	UK	F
Individuelle Bildungsbedarfsanalysen	72	66	64	62	55
Individuelle Laufbahnprogramme	53	40	42	44	32
Kooperationen mit Hochschulen, z. B. bei Abschlussarbeiten	51	36	45	50	28
Aufbau altersgemischter Teams	51	30	39	38	39
Interne Karriereberatung	46	62	71	63	66
Gesunde Verpflegung	45	24	25	40	36
Lebensarbeitszeitmodelle, z. B. Wechsel zwischen Vollzeit und Teilzeit	25	44	39	51	40
Führungskräfte-seminare zum Umgang mit alternden Belegschaften	25	4	5	17	5
Mentoring-Programme (Ältere Mitarbeiter betreuen jüngere)	24	30	30	54	33
Mitarbeiterprofile z. B. im Intranet vorstellen	22	22	19	19	21

Mehrfachnennungen; Befragung von insgesamt 2.518 Unternehmen im Dezember 2008; Quelle: Adecco-Institut

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien - iwd32

management fünf von zwölf Maßnahmen durch, in Frankreich sind es nur vier. Beim Wissensmanagement geht es darum, das Wissen und Können der Mitarbeiter im Unternehmen bekannt zu machen, richtig einzusetzen, weiter auszubauen und an Kollegen weiterzugeben.

Nachholbedarf gibt es in Deutschland vor allem bei Lebensarbeitszeitmodellen (Tabelle).

Erst 25 Prozent der Unternehmen ermöglichen es ihren Mitarbeitern, zum Beispiel mehrmonatige Auszeiten zu nehmen oder ihren Ausstieg aus dem Erwerbsleben gleitend zu gestalten; im Vereinigten Königreich sind es 51 Prozent.

Eine Studie der Commerzbank ergab, dass nur bei rund der Hälfte der 4.000 befragten Betriebe die Mitarbeiter problemlos bis zum Alter von 67 Jahren arbeiten können – und das, obwohl schon heute jedes fünfte Unternehmen Schwie-

rigkeiten hat, genügend Auszubildende und Hochschulabsolventen mit guten Qualifikationen zu rekrutieren. Um die Konsequenzen der demografischen Entwicklung zu mildern, setzen fast neun von zehn Unternehmen vor allem auf die Weiterbildung der jüngeren Mitarbeiter. Nur knapp die Hälfte der Betriebe hat demgegenüber die Fortbildung von älteren Beschäftigten im Blickfeld.

Höher bewerten sie die betriebliche Gesundheitsförderung, etwa durch ergonomisch ausgestattete Arbeitsplätze – 60 Prozent der Unternehmen sind auf diesem Gebiet aktiv. Immerhin gibt fast die Hälfte an, altersgemischte Teams eingerichtet zu haben und verrentete Kollegen als Experten wieder einzubinden. Allerdings nutzen erst 11 Prozent der Betriebe die Chance, spezielle Karriere- und Laufbahnmodelle für reifere Beschäftigte zu entwickeln.

Arbeitsdirektoren haben 2007 in einer Studie der Unternehmensberatung Towers Watson einige Empfehlungen gegeben, wie Betriebe auf die demografische Entwicklung reagieren sollten. Sie fordern maximale zeitliche und räumliche Arbeitsflexibilität. Dazu gehören variable Arbeitszeiten und -verträge sowie Telearbeit während des gesamten Berufslebens.

Von den Führungskräften verlangen die Arbeitsdirektoren, generationsübergreifend für ein wertschätzendes Unternehmensklima zu sorgen. Dafür müsste das Know-how der älteren Belegschaft besser als bisher genutzt werden – etwa über Mentoring-Programme, in denen lang gediente Mitarbeiter ihre Berufs- und Lebenserfahrungen an einen mindestens 15 Jahre jüngeren Schützling weitergeben.

Damit Beschäftigte möglichst lange motiviert und produktiv sind, sollten Fortbildungen auch bei älteren Mitarbeitern der Normalfall werden.

Flächennutzung

Weniger ist mehr

Deutschlands Einwohnerzahl schrumpft kontinuierlich – und dennoch gibt es immer mehr Siedlungs- und Verkehrsflächen. Die Folgen sind vielfältig und fatal, sowohl für die Natur, als auch für Bürger und kommunale Kassen. Flächenausweisungen sollten daher in Zukunft viel bewusster vorgenommen werden.

Gut 13 Prozent des bundesdeutschen Bodens sind sogenannte Siedlungs- und Verkehrsflächen: Hierzu zählt jeder durch Gebäude, Straßen und sonstige Anlagen geprägte Quadratmeter. Obwohl die Bevölkerung in Deutschland rückläufig ist, wachsen diese Flächen immer noch um über 100 Hektar täglich an – dies entspricht der Größe von rund 140 Fußballfeldern (Grafik).

Die Folgen sind vielfältig: Ehemals freie Wiesen und Äcker werden versiegelt und zerschnitten, Ortskerne veröden, der Verkehr nimmt zu, Abgas- und Lärmemissionen steigen, die Siedlungsdichte nimmt ab, die Fixkosten für die Instandhaltung der Infrastruktur wie Straßen, Energie- und Wasserversorgung klettern in die Höhe.

Um dieses chronische Problem kümmert sich traditionell die städtebauliche und räumliche Planung. Aber auch auf höherer politischer Ebene ist das Thema Flächensparen mittlerweile relevant.

Im Jahr 2002 hat die Bundesregierung im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel ausgegeben, für Siedlung und Verkehr ab dem Jahr 2020 pro Tag lediglich noch

30 Hektar zusätzlich in Anspruch zu nehmen.

Der aktuelle Flächenverbrauch ist davon weit entfernt – und eine Trendwende nicht in Sicht. Besonders in Süddeutschland rund um die Ballungsräume wie zum Beispiel München werden viele Hektar Land täglich in Siedlungs- und Straßenflächen umgewandelt, ebenso in Ostdeutschland.

Unterm Strich kommen in Deutschland auf 100.000 Einwohner jährlich etwa 50 zusätzlich umgewandelte Hektar. Zum Vergleich: In Großbritannien – einem Land, das eine ähnliche wirtschaftliche Dynamik wie Deutschland vorweist – sind es nur 15 Hektar.

Ein bundesweites Flächensparziel ist daher richtig. Denn die für diese Entwicklung verantwortlichen Fehlanreize können nicht auf kommunaler Ebene alleine gelöst werden. Die Kommunen stecken nämlich in einem Dilemma. Bisher strebt jede Gemeinde danach, Einwohner und Unternehmen zu halten und weitere anzuziehen. Dies ist so lange kein Problem, wie die Wirtschaft der Region gut gedeiht und die Einwohnerzahl unterm Strich zunimmt.

Kritisch wird die Situation, wenn die Bevölkerungszahl schrumpft. Neu ausgewiesene Baugebiete finden keine Abnehmer, während gleichzeitig in den Ortskernen Gebäude leer stehen und Grundstücke brachliegen. Davon sind insbesondere weite Teile Ostdeutschlands betroffen. Das Problem: Alle Häuser, Straßen und Versorgungsleitungen müssen gewartet und zu gegebener Zeit erneuert werden. Je geringer die Einwohnerdichte jedoch ist, desto ausgedehnter müssen die Versorgungsnetze pro Haushalt sein. Das belastet die kommunalen Kassen und lässt die Gebühren für Abwasser und Co. steigen. Zusätzlich muss die Kommune einen systematischen Rückbau finanzieren.

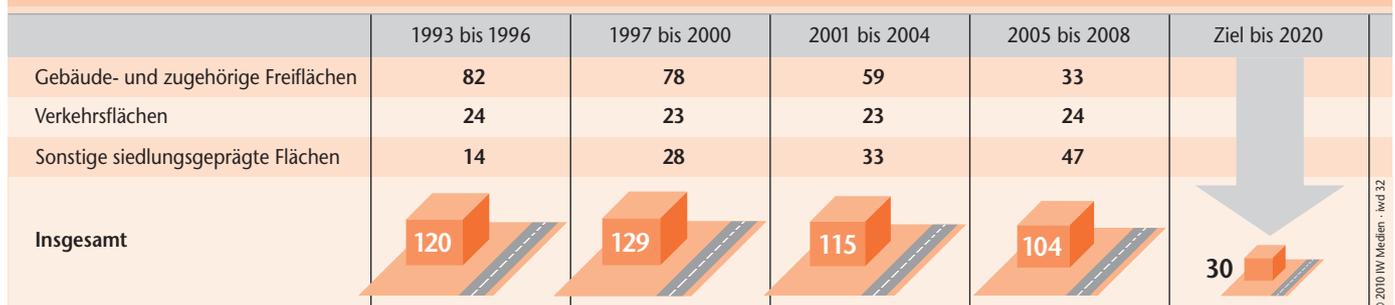
In Regionen mit rückläufiger Einwohnerzahl herrscht zwischen den Kommunen ein oftmals ruinöser Wettbewerb um Einwohner und Unternehmen. Denn die Gemeinden finden kaum Interessenten für ihr Bauland. Somit sehen sich die Kommunen gezwungen, ihre Baulandpreise gegenüber den Mitbewerbern zu senken. Die Folge: Überkapazitäten und Dumpingpreise. Die Gemeinde zahlt am Ende drauf, statt Gewinn zu machen.

Dieser Trend wird sich weiter fortsetzen, da nur noch sehr wenige Regionen mit konstanten oder gar steigenden Bevölkerungszahlen rechnen können. Ostdeutschland beispielsweise verliert voraussichtlich bis zum Jahr 2025 mehr als

Flächennutzung: Weit entfernt vom Ziel

Im Jahr 2002 hat die damalige Bundesregierung das Ziel ausgegeben, die Inanspruchnahme von zusätzlichen Flächen für Siedlung und Verkehr bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu senken.

So viele zusätzliche Hektar wurden jeden Tag neu in Anspruch genommen für ...



10 Prozent seiner Bevölkerung. Nur wenige Kommunen in den Ballungszentren wie etwa Hamburg oder München werden weiterhin eine steigende Einwohnerzahl verbuchen.

Für die Gemeinden ist es fast unmöglich, dieses Problem alleine anzugehen. Reformen müssen daher an zwei Stellen ansetzen: an den ökonomischen Rahmenbedingungen und an der Transparenz der Kosten neuer Ansiedlungen.

Bisher ist es zum Beispiel unattraktiv, im Innenstadtbereich neues Bauland zu schaffen, etwa indem Baulücken geschlossen oder Brachflächen genutzt werden. Eine solche Bebauung zieht häufig langfristige Planungsprozesse nach sich. Viel einfacher geht es auf der grünen Wiese: Diverse Förderprogramme machen Erschließungen weiterer Wohn- und Gewerbegebiete außerhalb der Zentren reizvoll. Ein ehemaliger Acker wird so zum kostbaren Grundstück umfunktioniert. Der ökologische Wert der einst freien Fläche ist jedoch in den Bodenpreisen nicht enthalten.

Bauherren und Investoren können außerdem etliche Folgekosten ihrer Entscheidungen auf andere umlegen, denn Beiträge für Infrastruktur wie Straßen und Kanalisation werden in der Regel von der Allgemeinheit getragen. Die Nachfrage nach großzügig gestalteten Bauplätzen bleibt dadurch auf hohem Niveau. Auch hier lohnt ein Blick über den Ärmelkanal. Für die Kommunen in Großbritannien gibt es kaum Anreize, ihre Einwohnerzahl zu erhöhen und besonders viele Flächen auszuweisen – weil sich die Steuer- und Planungssysteme grundsätzlich unterscheiden.

Zur Korrektur der Fehlanreize sind in Deutschland eine Reihe gezielter Reformen notwendig. Für Gemeinden sollte sich der Erhalt von Freiflächen stärker lohnen. Die Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich könnten beispielsweise an eine effiziente und umweltverträglichere Ausgestaltung der gemeindlichen Flächennutzung gekoppelt werden. Die Städtebauförderung sollte zudem stärker auf die Reaktivierung nicht genutzter, aber gut erschlossener Flächen ausgerichtet sein. Zudem wäre es sinnvoll, neue und große Siedlungsflächen im Rahmen einer längst

Neue Siedlungsflächen: Last oder Nutzen für die Gemeindekasse?

Wie viel eine Gemeinde für ein Baugebiet ausgibt und auch wieder einnimmt, hängt von vielen Faktoren ab, etwa vom Typ und der Lage des Gebiets, aber auch von der Planung der Kommune selbst.

Einnahmen

- Grundstückstransfer (Planungsgewinn)
- Grundsteuer
- Gemeindeanteil der Einkommenssteuer von zuziehenden Personen
- Gewerbesteuer, wenn sich Gewerbe ansiedeln
- Gemeindeanteil der Umsatzsteuer
- Indirekte Multiplikatoreffekte (Arbeitsplätze, Handel etc.)

Ausgaben

- Planungskosten, z.B. Ausgaben für Bauleitplanung, Stadtentwicklungsplanung, Wirtschaftsförderung
- Kosten für verkehrstechnische Erschließung
- Kosten für Grün- und Kompensationsflächen
- Kosten für soziale Infrastruktur, z.B. Kindergärten und Schulen
- Kosten für die Instandhaltung und den Ausbau der bestehenden Infrastruktur

Hinzu kommen Ausgaben und Einnahmen durch den kommunalen Finanzausgleich

überfälligen Grundsteuerreform stärker zu belasten.

Neben diesen steuer- und förderpolitischen Aspekten ist auch die Kostentransparenz bei der Bebauung neuer Siedlungsflächen von großer Bedeutung. Denn eine gute Planung muss auch die Ausgaben im Blick haben, die eine Besiedlung mit sich bringt. Neue Ansiedlungen sind in vielen Fällen schlicht unwirtschaftlich. Eine Studie der Universität Göttingen hat 375 Kommunen in vier verschiedenen Regionen unter die Lupe genommen, um herauszufinden, ob sich neu geschaffenes Bauland für die Gemeinden ausgezahlt hat. Das Ergebnis ist ernüchternd:

Typische Baugebiete für freistehende Einfamilienhäuser auf der grünen Wiese sind nur für 11 Prozent der Städte und Gemeinden vorteilhaft.

Generell gilt: Die Einnahme- und Ausgabeneffekte neuer Baugebiete sind komplex und den Städten und Gemeinden nur zu einem Bruchteil bekannt – von den Auswirkungen auf Natur und Umwelt ganz zu schweigen.

Dabei entspricht die Bereitstellung neuen Baulands einer klassischen Investition – mit Rendite und Risiko. Bevor die Gemeinde auf Erträge hoffen kann, muss sie Geld für die Standorterschließung ausgeben (Kasten). Können durch zusätzliche Baugebiete neue Einwohner und Gewerbebetriebe angelockt werden, kann das zusätzliche Einnahmen aus

Grund-, Einkommens-, Gewerbe- und Umsatzsteuern sowie mögliche Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich mit sich bringen. Ob all das jedoch ausreicht, um die Ausgaben zu decken, kalkulieren die Gemeinden oft gar nicht.

Auf der Kostenseite sieht es nicht viel besser aus. Nur die sofortigen und leicht einem Projekt zuzuordnenden Kosten werden ermittelt, wie zum Beispiel Ausgaben für Gutachten und Erschließungsanlagen. Gerechnet wird meist mit Pauschalen. Kostenvoranschläge und ein intensiver Austausch zwischen Kämmerer und Planungsamt sind eher die Ausnahme. So bleibt vieles anfangs außen vor, was später teuer werden dürfte, etwa die oftmals notwendigen Investitionen in Kindertagesstätten und Grundschulen.

Ein weiteres Problem: Die Gemeinden bedenken meist die Folgekosten neuer Baugebiete nicht – also alle zusätzlich entstehenden Ausgaben für den Unterhalt und die Instandhaltung der sozialen und technischen Infrastruktur.

Angesichts der vielen Herausforderungen muss sich nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern auch auf Länder- und Bundesebene etwas ändern. Es ist daher sinnvoll, dass die derzeitige Bundesregierung das Bauplanungsrecht weiterentwickeln möchte und zusätzlich ein überregionales Handelssystem – ähnlich gestrickt wie der CO₂-Emissionshandel – für die Flächennutzung erproben will.

Neue Bilanzregeln für den Mittelstand

Stichwort

Für mittelständische Betriebe dürfte die Rechnungslegung künftig etwas einfacher werden. Denn für kleine und mittlere Unternehmen gelten die Regeln des neuen Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG), das Ende Mai 2009 in Kraft getreten ist und jetzt für die Betriebe relevant wird.

Ziel der Reform ist, Regulierungsvorschriften für kleine und mittlere Unternehmen zu reduzieren. Die Bundesregierung erwartet auch eine deutliche Kostenreduktion für den Mittelstand. Durch die Anhebung der Umsatz- und Gewinn Grenzen etwa sind nun mehr Betriebe von der Buchführungspflicht befreit.

Mit der Novelle kommt der Gesetzgeber gleich zwei Zielen nach: Zum einen wird mit dem BilMoG EU-Recht umgesetzt, zum anderen passen sich die neuen Bilanzierungsregeln aber auch dem internationalen Rechnungslegungsstandard (IFRS) an, dessen Variante für den Mittelstand ebenfalls im vergangenen Jahr in Kraft trat. Die IFRS-Normen sind in rund 100 Ländern anerkannt und seit 2005 für Konzerne und Unternehmen mit börslich notierten Aktien und Anleihen verpflichtend. Die vereinfachten IFRS-Regeln für den Mittelstand wurden aus demselben Grund entwickelt wie das BilMoG: Aufwändige, eigentlich für Konzerne erdachte Bilanzierungsbestimmungen sollen vermieden und Bürokratie abgebaut werden.

Konkret verschafft die IFRS-Variante kleinen und mittleren Unternehmen folgende Erleichterungen gegenüber der Vollversion: Der Umfang der Pflichtangaben ist geringer, es gibt einfachere Ansatz- und Bewertungsvorschriften und auch weniger Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte. Einige Punkte, die in der Vollversion nur börsennotierte Konzerne betreffen, wurden gleich ganz weggelassen. Unterm Strich ist das Werk für viele Mittelständler dennoch unnötig komplex.

Zwar hat das deutsche BilMoG viele Widersprüche beseitigt, die zwischen nationalen Rechnungslegungsvorschriften und IFRS bestanden. Allerdings sind die IFRS eher für den anonymen Kapitalmarkt gemacht. Für kleine und mittlere Betriebe sollte die IFRS-Norm daher freiwillig bleiben. Für größere, international tätige Mittelständler hingegen macht sie Sinn, da sie gegenüber ausländischen Geschäftspartnern die Vorlage eines transparenten Abschlusses ermöglicht.

Klaus-Heiner Röhl

Staatsbankrott Insolvenzrecht gesucht

Bis heute gibt es kein internationales Insolvenzrecht für Staaten, die zahlungsunfähig sind. Dabei hat es immer wieder Länder gegeben, die ihre Auslandsschulden nicht mehr bedienen konnten. Selbst der Internationale Währungsfonds ist vor einigen Jahren mit seinem Vorschlag für einen Umschuldungsmechanismus gescheitert.*)

Als Griechenland im Frühjahr finanziell ins Schlingern kam, flammte nicht nur unter Ökonomen die keineswegs neue Frage wieder auf, ob ein Staat überhaupt Bankrott gehen kann. Könne er nicht, heißt es oft: Denn anders als ein zahlungsunfähiges Unternehmen hätte ein Land immer noch die Möglichkeit, sich frisches Geld zu verschaffen – per Steuererhöhungen oder via Druckerpresse, sofern der betroffene Staat eine eigene Landeswährung hat.

Und doch ist ein Bankrott möglich. Zwar ist Griechenland dank des 110-Milliarden-Euro-Rettungspakets von Europäischer Union und Internationalem Währungsfonds (IWF) vorerst liquide, doch ein Blick zurück zeigt, dass Staatsbankrotte keineswegs neue Erscheinungen sind. Die amerikanischen Ökonomen Carmen Reinhart und Kenneth Rogoff zählten für die vergangenen 500 Jahre weltweit eine ganze Reihe von Krisen, die auf zu hohe Auslandsschulden zurückzuführen sind (Grafik):

Allein Spanien verzeichnete seit dem 16. Jahrhundert insgesamt 13 Zahlungsausfälle oder Umschuldungen.

Auch Deutschland und Frankreich konnten seitdem jeweils acht Mal ihre Schulden nicht bedienen.

Die meisten deutschen Staatsbankrotte fanden allerdings vor dem 20. Jahrhundert statt: So konnte Preußen gleich drei Mal seinen Verbindlichkeiten nicht mehr nachkommen (1683, 1807 und 1813), Westfalen (1812), Hessen (1814) und Schleswig-Holstein (1850) jeweils einmal.

Wenn Staatspleiten seit langem zum Wirtschaftsalltag gehören, müsste es eigentlich auch ein Regelwerk dafür geben, wie Schuldner und Gläubiger in solchen Krisensituationen miteinander zu verfahren haben. Doch genau daran hapert es: Die Insolvenz von Staaten ist im Völkerrecht nicht geregelt. Das liegt vor allem am Prinzip der Staatenimmunität, wonach ein Land nicht der Gerichtsbarkeit anderer Länder unterworfen sein soll. Das Völkerrecht folgt damit auch heute noch weitgehend dem römischen Rechtsgrundsatz, der lautet: „Der Gleiche hat über Gleiche keine Herrschaftsgewalt.“

*) Vgl. Berthold Busch, Manfred Jäger-Ambrozewicz, Jürgen Matthes: Wirtschaftskrise und Staatsbankrott, IW-Analysen Nr. 62, Köln 2010, 98 Seiten, 19,80 Euro. Bestellung über Fax: 0221 4981-445 oder unter: www.iwmedien.de

Schuldenkrisen: Ein wiederkehrendes Phänomen

So viele Auslandsschuldenkrisen gab es in Europa seit dem 16. Jahrhundert beziehungsweise seit der jeweiligen Unabhängigkeit in ...



Auslandsschuldenkrisen: Zahlungsausfälle und Umschuldungen staatlicher Auslandsschulden; Österreich und Ungarn: ohne die fünf Schuldenkrisen vor 1918 (Kuk-Monarchie); Quelle: Reinhart, Rogoff 2010

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

In der Praxis haben sich manche Gläubiger um dieses Gleichheitsprinzip allerdings wenig geschert. Als Venezuela vor mehr als 100 Jahren trotz starken politischen Drucks seinen Schuldendienst einstellte und auch für bürgerkriegsbedingte Schäden an deutschem, englischem und italienischem Eigentum nicht aufkommen wollte, kam es 1902 zur militärischen Intervention: Die Gläubigerländer beschossen venezolanische Häfen und errichteten eine Seeblockade.

Im Lauf der Zeit fand die Staatengemeinschaft dann allerdings doch zu zivilisierteren Formen im Umgang mit zahlungsunwilligen und -unfähigen Ländern. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts etablierten sich mit dem Pariser Club und dem Londoner Club zwei Institutionen, die seitdem regelmäßig Verhandlungen über Umschuldungen führen. Während im Pariser Club staatliche Gläubiger mit staatlichen Schuldnern nach Wegen aus Finanzdebakeln suchen, ringen im Londoner Pendant staatliche Gläubiger mit privaten Banken um Einigung.

Seit seinem ersten Zusammentreffen im Jahr 1956 hat allein der Pariser Club insgesamt mit 87 Schuldnerländern verhandelt und 415 Vereinbarungen über einen Gesamtbetrag von 543 Milliarden Dollar getroffen.

Trotz der Erfolge der beiden Gremien sind diese Institutionen kein Ersatz für ein internationales Insolvenzrecht für Staaten, das mehr Transparenz und Berechenbarkeit bieten würde. Hinzu kommt, dass sich in den vergangenen Jahrzehnten die Gläubigerstruktur gewandelt hat. Im Gegensatz zu früher leihen sich Staaten heutzutage relativ wenig Geld bei Banken, die sich im Krisenfall aufgrund des begrenzten Gläubigerkreises meist noch recht gut absprechen können. Stattdessen verschulden sich Länder mehr und mehr bei anderen privaten Gläubigern. Diese heterogene Gläubigerstruktur lässt sich allerdings viel schwieriger koordinieren, weshalb sich Auseinandersetzungen um einen Staatsbankrott oft lange hinziehen.

Anne O. Krueger, die ehemalige stellvertretende Direktorin des IWF, hatte diese Aspekte berücksichtigt, als sie 2001 ein transparentes Insolvenzverfahren schaffen wollte: den Sovereign Debt

Staatsverschuldung: Zum Teil enorm

Öffentlicher Schuldenstand
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

	Prognose für 2011	Veränderung gegenüber 2007 in Prozentpunkten
Island	118,2	89,1
Irland	87,3	62,3
Vereinigtes Königreich	86,9	42,2
USA	103,0	40,9
Griechenland	133,9	38,2
Spanien	72,5	36,3
Portugal	91,1	27,5
Frankreich	88,6	24,8
Niederlande	69,6	24,1
Finnland	54,9	19,7
Belgien	100,9	16,7
Deutschland	81,6	16,5
Italien	118,9	15,5
Österreich	72,9	13,4
Japan	194,9	7,1

© 2010 IW Medien - iwd 32

Länderauswahl
Ursprungsdaten: Europäische
Kommission

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Restructuring Mechanism (SDRM). Dieser verbindliche Rahmen für Schuldenkrisen sah folgende Elemente vor:

- Eine qualifizierte Gläubigermehrheit hätte eine Minderheit bei den Sanierungsvereinbarungen überstimmen sollen. So wollte Krueger verhindern, dass bei einer Umschuldung einzelne Gläubiger auf Kosten anderer eine vollständige Bedienung ihrer Forderungen durchsetzen.
- Um mögliche Streitigkeiten bei der Schuldenrückführung beizulegen, sollte eine gerichtsähnliche Institution geschaffen werden, das Dispute Resolution Forum (DRF).
- Einzelne Gläubiger sollten den Verhandlungsprozess nicht durch Vollstreckungen stören können – ein Vorgehen, das bei Schuldenrückführungen bis heute immer wieder vorkommt.

Der SDRM-Vorschlag wurde niemals realisiert. Nach einer kontroversen Debatte im Frühjahr 2003 wurde der Schuldenrückführungsmechanismus nicht weiter verfolgt. Dies hatte mehrere Gründe:

1. Viele Entwicklungs- und Schwellenländer befürchteten, dass es für ein hoch verschuldetes Land nach der Eröffnung

eines geregelten Insolvenzverfahrens keinen Zugang mehr zu den internationalen Finanzmärkten geben würde. Infolgedessen hätten es solche Länder noch schwerer, die für ihre wirtschaftliche Entwicklung notwendigen Finanzmittel zu erhalten.

2. Die Gläubiger wiederum, vor allem die Banken, sahen die Gefahr des Missbrauchs durch verschuldete Staaten: Wenn es einfacher würde, ein Insolvenzverfahren einzuleiten, dann könnten überschuldete Länder versucht sein, dies zu Lasten der Gläubiger zu tun – auch wenn objektiv dazu noch kein Grund vorliegt.

3. Überdies gab es die Sorge, dass es in verschuldeten Ländern bereits bei ersten Anzeichen für ein geregeltes Insolvenzverfahren zu einer Finanzkrise kommen könnte.

4. Kritisch wurde auch die Rolle des IWF bei einem solchen Verfahren gesehen. Einerseits ist er selbst Gläubiger, andererseits wäre ihm im Rahmen des SDRM aber auch eine Schiedsrichterfunktion zugekommen. Dieser Interessenkonflikt, so die Skeptiker, hätte dazu führen können, dass der IWF seine eigenen finanziellen Beiträge künftig erheblich reduziert.

Seit Ausbruch der Griechenlandkrise ist die Debatte über eine Insolvenzregelung für Staaten wieder neu entfacht. Dabei sind es nicht allein die Hellenen, die Anlass geben, ein Insolvenzrecht für Staatsbankrotte zu entwickeln. Auch anderswo laufen die Staatsfinanzen aus dem Ruder (Grafik):

Bis zum Jahr 2011 wird der öffentliche Schuldenstand vor allem in Island (plus 90 Prozentpunkte) und Irland (plus 62 Prozentpunkte) kräftig steigen. Mit etwas Abstand folgen Großbritannien (plus 42 Prozentpunkte), die USA (plus 41 Prozentpunkte) und Spanien (plus 36 Prozentpunkte).

Ein geordnetes Insolvenzverfahren würde aber nicht nur den Schuldnerstaaten mehr Rechtssicherheit bieten. Wahrscheinlich würde eine Insolvenzregelung auch die Gläubiger disziplinieren: Wenn sie damit rechnen müssen, im Falle eines Falles auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten zu müssen, verleihen sie künftig womöglich auch nicht mehr ganz so leichtfertig ihr Geld.

Rohstoffe

Zugriff in Gefahr

Die deutsche Industrie ist von ausländischen Rohstofflieferungen abhängig. Vor allem Metallrohstoffe werden importiert, aber auch das meiste hierzulande benötigte Öl und Gas. Lange Zeit galt die Versorgung als unproblematisch. Jetzt aber steigen die Nachfrage und die Preise. Außerdem sichern sich außereuropäische Länder – allen voran China – zunehmend exklusive Zugangsrechte zu den Quellen.

Nachdem die Preise für Rohstoffe im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich in den Keller gegangen waren, hat sich seither der Wind gedreht – obwohl die Weltwirtschaft nach der Rezession noch gar nicht wieder richtig in Fahrt gekommen ist. Der Ölpreis hat inzwischen die 80-Dollar-Marke erreicht, Gold ist so teuer wie nie zuvor und der Preis für Eisenerz hat sich in der ersten Jahreshälfte verdoppelt. Letzteres trifft vor allem die Stahlkonzerne.

Die Elektroindustrie muss schon seit dem Tiefpunkt im Frühjahr 2009 wieder drastische Preissteigerungen bei Kupfer und anderen Nichteisenmetallen hinnehmen, die sie für ihre Produkte wie etwa Generatoren und Leitungen benötigt.

Am Ende wird durch die Preiserhöhungen an der Rohstoffquelle aber alles teurer, vom Auto bis zum Windrad.

Steigende Preise sind jedoch nur eine Seite der Medaille – schwankende Prei-

se die andere. Sie sind ein weiteres Problem für die auf Rohstoffe angewiesene Industrie. Denn diese muss sich über Termingeschäfte gegen Preisschwankungen absichern. Das verteuert ebenfalls die Produktion.

Doch nicht nur die Preise für Rohstoffe machen der Industrie zu schaffen. Auch die sichere Versorgung – selbst wenn es sich nur um kleine Mengen handelt – ist nicht immer gewährleistet, und zwar aus mehreren Gründen:

Länder-Konzentration. Oftmals verfügen nur wenige Länder über wirtschaftlich abbaubare Rohstoffvorräte. Dies trifft beispielsweise auf die Gruppe der sogenannten Seltenen Erden zu – dazu gehört z.B. Lithium für Hochleistungsakkus. Bis zu 95 Prozent dieser Halbmetalle lagern in China. Auch die Vorkommen anderer wichtiger Rohstoffe konzentrieren sich auf wenige Staaten, bei Platin etwa zu 90 Prozent auf Russland und Südafrika.

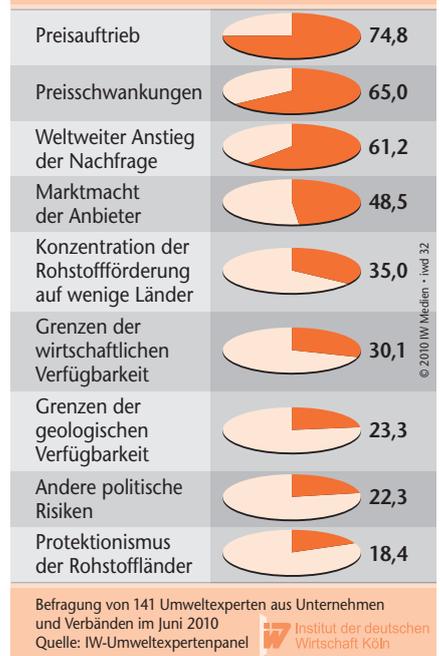
Marktmacht. Viele Rohstoffe werden nur von wenigen Unternehmen angeboten; das treibt die Preise nach oben. So stammen etwa zwei Drittel des frei gehandelten Eisenerzes aus den Minen von nur drei Anbietern.

Politische Instabilität. Viele Länder, die über wichtige Rohstoffvorkommen verfügen, sind politisch instabil. Im Kongo findet man etwa das Schwermetall Tantal, das zur Herstellung von Kondensatoren für Mobiltelefone benötigt wird. Wer sich in den politisch unsicheren Ländern als Investor niederlassen und den Abbau der Rohstoffe vorantreiben will, kann nicht sicher sein, ob er sein in Maschinen und Anlagen gestecktes Geld jemals wiedersieht.

Handelsschranken. Insbesondere China, aber auch andere Länder behindern die Ausfuhr von Rohstoffen mit Zöllen oder Exportbeschränkungen. Ziel dieser strategischen Industriepolitik ist es, die Weiterverarbeitung der Rohstoffe

Rohstoffe: Preis als Hauptrisiko

So viel Prozent der Umweltpexperten, die Risiken für die Rohstoffversorgung ihrer Unternehmen und Branchen sehen, halten vor allem diese Faktoren für bedeutsam



ins eigene Land zu holen – zum Schaden der Produktion in Industrieländern wie Deutschland.

Eine Befragung von 141 Umweltpexperten aus Unternehmen und Verbänden durch das Institut der deutschen Wirtschaft Köln im Juni 2010 bestätigt dieses Bild (Grafik). Danach sieht die deutsche Wirtschaft insbesondere in steigenden und schwankenden Rohstoffpreisen ein Risiko für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Verantwortlich dafür machen die Befragten vor allem die steigende Nachfrage und die Marktmacht der wenigen Anbieter.

Dass die wirtschaftlichen und geologischen Fördermöglichkeiten begrenzt sind, sehen bis zu 30 Prozent der Experten als problematisch an. Protektionismus und andere politische Risiken werden von einem Fünftel als bedeutsame Risiken für die Rohstoffversorgung der deutschen Industrie eingeschätzt.

Für Adressaufkleber